



Datenschutzhinweise zur Ausführung Erinnerungskultureller Veranstaltungen und Preisverleihungen

Datenschutzhinweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages, informieren Sie über Ihre Rechte und versetzen Sie in die Lage, über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten, informiert zu entscheiden.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

ist der Deutsche Bundestag, den Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-0

E-Mail: mail@bundestag.de

Die/Den **Behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der oben genannten Postadresse, mit dem Zusatz „Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r“, der oben genannten Telefonnummer oder unter datenschutz.bdb@bundestag.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Zur Durchführung von Veranstaltungen und Erstellung von Einladungsverteilern erheben wir Ihre im Internet öffentlich zugänglichen personenbezogenen Daten.

Die von Ihnen im Rahmen der Anmeldung mitgeteilten Daten einschließlich Ihrer Kommunikationsdaten (Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) verarbeiten wir, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können sowie zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des Verantwortlichen liegenden Aufgaben (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 BDSG).

Weiterleitung

Eine Weiterleitung von Vor- und Zuname sowie Geburtsdatum erfolgt an den Bereich der Polizei- und Sicherungsaufgaben im Deutschen Bundestag, um Ihnen Zugang zu den Liegenschaften des Bundestages gewähren zu können.

Sofern erforderlich, erfolgt eine Weiterleitung der Daten an die Künstlersozialkasse und/oder die Finanzbehörden.

Dauer der Datenspeicherung

Grundsätzlich löschen wir Ihre Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Wir speichern Ihre Daten, sollte eine vorübergehende Aufbewahrung erforderlich sein, aufgrund bestehender Nachweis- und Aufbewahrungspflichten. Die Speicherfristen betragen mindestens 5 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der letzte Kontakt mit Ihnen stattgefunden hat.

Für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke können Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen an das Parlamentsarchiv abgegeben werden. Die weitere Verwahrung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe d EU-DSGVO. Weitere Einzelheiten sind in der Archivordnung für den Deutschen Bundestag sowie in der Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv geregelt.

Betroffenenrechte

Sie können unter der o.g. Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen (Artikel 15-18 und 20 DSGVO).

Sie haben ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen. Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihre Interessen überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)
Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de, Tel. +49 (0)228 997799-0